



Bundesverband Pflegemanagement e.V. • Landesgruppe Bremen/ Niedersachsen
Andreas Willenborg • Jasminstraße 8 • 49661 Cloppenburg

An das

Niedersächsische Ministerium für
Soziales Gesundheit und
Gleichstellung
Frau Ministerin Dr. Carola Reimann
Hannah-Arendt-Platz 2
30159 Hannover

Nur per E-Mail:
carola.reimann@ms.niedersachsen.de

nachrichtlich an:
Fraktionen des Niedersächsischen
Landtages
Niedersächsischer Pflegerat
Pressestelle der Geschäftsstelle der
Pflegekammer
Mitglieder der LG Bremen/ Nds. des
Bundesverbands
Pflegemanagement e.V.
Regionale und überregionale Presse

**Bundesverband
Pflegemanagement e.V.**
Landesgruppe
Bremen / Niedersachsen

Andreas Willenborg
Vorsitzender

Jasminstraße 8
49661 Cloppenburg

dienstl.
Tel. 0441 • 405 2462
Fax 0441 • 405 2444

andreas.willenborg@
bv-pflegemanagement.de
www.bv-pflegemanagement.de

10.01.2019

--- Offener Brief ---

Die Pflege braucht eine starke Stimme!

Stellungnahme der Landesgruppe Bremen/Niedersachsen des Bundesverbandes Pflegemanagement zu den kritischen Anmerkungen in der Presse und den sozialen Netzwerken zur Beitragserhebung der Pflegekammer Niedersachsen. Dieser Brief stellt die Position der Landesgruppe dar und ergänzt damit die Stellungnahme des Bundesverbandes Pflegemanagement vom 07.01.2019 zu den aktuellen Ereignissen in Niedersachsen im Rahmen der Errichtung der Landespflegekammern.

Derzeit überschlagen sich die negativen Meldungen in der Presse und den sozialen Netzwerken, die mit teils böartigen Kommentaren noch zusätzlich befeuert werden. Die Mitglieder des Bundesverbands Pflegemanagement aus der Landesgruppe Bremen/ Nds. distanzieren sich als Berufsverband und als Pflegenden ausdrücklich von Falschmeldungen und unsachlichen Kommentaren im Zusammenhang mit der Beitragsforderung und der Aufforderung zur Abschaffung der Pflegekammer. Wir sind froh über die Verabschiedung des Pflegekammergesetzes vom Dezember 2016.

Die Pflegekammer ist die legitimierte Interessensvertretung der professionell Pflegenden mit einer großen gesamtgesellschaftlichen Verantwortung. Die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen pflegerischen Versorgung ist die zentrale Aufgabe der Berufsgruppe und der politisch Verantwortlichen im Hinblick auf die steigenden Herausforderungen und dem gleichzeitig vorhandenen und weiter zunehmenden Fachkräftemangel. Erst durch die Pflegekammer und der damit verbundenen Pflichtmitgliedschaft hat die Berufsgruppe die Möglichkeit einer Sicherstellung der Teilhabe aller Pflegefachpersonen an den sie betreffenden Entscheidungen. Der bislang niedrige Organisationsgrad im Pflegebereich führte unter anderem zu einer zunehmenden Verschlechterung der Rahmenbedingungen. Schon seit vielen Jahren war dieser Trend absehbar, doch wer soll und kann sich um die Verbesserung von Rahmenbedingungen und der dadurch bedingten Attraktivitätssteigerung des Berufsstandes stark machen? Letztendlich können es nur die Pflegenden selbst! Bisher ist die Pflege in politischen Entscheidungsprozessen nicht ausreichend involviert.

Die berufliche Selbstverwaltung der professionell Pflegenden ist als Ansprechpartner für die pflegerische Versorgung der Bevölkerung



Niedersachsens von erheblicher Bedeutung. Die Pflegekammer wird ihrer Aufgabe zur Stärkung des Pflegeberufes nachkommen und damit einen erheblichen Einfluss auf den pflegerischen Berufsalltag und den Versorgungsprozessen ausüben. Sie wird die Interessen der Berufsangehörigen und die der Bevölkerung verfolgen. Mit der Errichtung der Pflegekammer ist die Basis für die Verwaltung und Weiterentwicklung des Berufsstandes Pflege mit der entsprechenden Fachexpertise aus den eigenen Reihen geschaffen worden. Nur so lässt sich die Fremdbestimmung der professionell Pflegenden in der Gesellschaft und Politik reduzieren.

Wir fordern eine Versachlichung in der Diskussion um die Pflegekammer.

Die Versendung des Beitragsbescheids mag zu einem unglücklichen Zeitpunkt erfolgt sein. Die Verunsicherung im Zusammenhang mit der Zahlung eines Höchstbeitrages wird von Seiten der Pflegekammer kritisch reflektiert und überarbeitet. Andererseits ist die Formulierung im Beitragsbescheid „wenn sie weniger verdient haben, müssen sie natürlich auch weniger bezahlen“ eindeutig und verständlich. Diesen Bescheid als Auslöser für die aktuell auftretenden Diskussionen zu sehen, ist schwer nachvollziehbar, insbesondere wenn es um Stellungnahmen und Kommentare geht, die nicht mit einem professionellen Verständnis von Pflege vereinbar sind.

Die Forderung der Abschaffung der Pflegekammer oder einer freiwilligen Mitgliedschaft kann keine Alternative sein. Wenn wir in der Pflege etwas zum Positiven verändern wollen, geht dies nur über eine starke Vertretung, die in hauptamtlichen Strukturen etwas bewirken kann. Jahrelang ist darum gekämpft worden, dass die Profession Pflege den Stellenwert in Politik und Gesellschaft erhält, der dem Verantwortungsbereich angepasst ist. Hauptamtliche Strukturen müssen finanziert werden. Ehrenamtliches Engagement ist für die Brisanz der Thematik der Gesundheits- und Pflegeversorgung nicht ausreichend, auch wenn zukünftig nicht auf ein solches Engagement verzichtet werden kann. Unser Beitrag ist unser Mitgliedsbeitrag, damit Hauptamtliche für uns Politik und Strukturarbeit machen können.

Wir erwarten von den politischen Gremien eine Unterstützung für den Aufbau der Selbstverwaltung der Pflegeberufe und den Schutz der ehrenamtlich tätigen Kolleginnen und Kollegen sowie der hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle. Wir fordern von Politik und Presse, aber auch von den eigenen Berufsangehörigen, eine sachliche Informationspolitik und Diskussion. Wir sind überzeugt von einer zukunftsfähigen Entwicklung der Profession Pflege. Diese ist langwierig. Wir vertrauen den Mitgliedern der Kammerversammlung, diesen notwendigen Entwicklungsprozess für die professionell Pflegenden zu steuern und so zur Stärkung der Berufsgruppe und Verbesserung der Rahmenbedingungen beizutragen.

Wir bitten alle Mitglieder der Pflegekammer um eine kritische, aber auch reflektierte Diskussion über die Pflegekammer und ihre Wirkung auf unseren Beruf. Wir bitten auch darum, dieser wichtigsten Entwicklung zur Emanzipation des Pflegeberufs gegenüber anderen Interessensgruppen eine Chance zu geben.

Für einen fachlichen und konstruktiven Austausch stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße

Andreas Willenborg
Vorsitzender LG Bremen / Niedersachsen